



Friedhofsverwaltung

Verantwortlichkeiten	VGem Diespeck Rathausplatz 1 91456 Diespeck Deutschland Telefon: +49 9161 8885-0 E-Mail: verwaltungsgemeinschaft@vg-diespeck.de
Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten	Interner Datenschutzbeauftragter Landratsamt Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim Behördlicher Datenschutzbeauftragter Konrad-Adenauer-Str. 1 91413 Neustadt a.d.Aisch Deutschland Telefon: +49 9161 92-0 E-Mail: datenschutz@kreis-nea.de
Beschreibung	Erhebung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem Vollzug der städtischen Friedhofssatzung und der Bestattungsgebührensatzung.
Zweck der Datenverarbeitung	Beauftragung von Bestattungsunternehmen mit gemeindlichen Aufgaben dem Abschluss von Bestattungsvorsorgeverträgen der Nutzung der städtischen Bestattungseinrichtungen der Sterbefallabwicklung incl. der Vornahme von Bestattungen und Urnenbeisetzungen Erhebung von Erstattungen von Bestattungspflichtigen bei Bestattungen vom Amts Wegen Friedhofsverwaltung - Erfüllung der Verpflichtungen nach dem bayerischen Bestattungsgesetz (BestG) und der Bayerischen Bestattungsverordnung (BestV) zur Bestattung von Leichen Sicherstellung der Einhaltung der Bestimmungen der Friedhofssatzung (Ordnungsvorschriften) Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht für Grabstätten Verwaltung der Grabnutzungsrechte und der städtischen Friedhöfe im Bezug auf Vergabe, Änderung, Entziehung und Überwachung und Ablauf von Nutzungsrechten an Grabstätten



Rechtsgrundlage	Art. 1 KAG Art. 8 KAG BayDSG: Art. 4 Abs.1 - Rechtmäßigkeit der Verarbeitung zur Aufgabenerfüllung BestG BestV DSGVO: Art. 6 Abs. 1 lit. e – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Öffentliches Interesse) Friedhofsgebührensatzung Friedhofssatzung i.V. mit der GO KAG § 3 der Friedhofsgebührensatzung §§ 1 und 2 der Friedhofsgebührensatzung §§ 1, 2 und 3 der Friedhofsatzung §§ 1, und 3 der Friedhofsatzung §§ 4, 5 und 6 der Friedhofsgebührensatzung §§ 20, 21, 22, 24, 27, 28 und 33 der Friedhofsgebührensatzung
Speicherdauer	Ihre Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Wahrnehmung der o. g. Aufgaben notwendig ist (Art. 17 Abs. 1 Buchst. a DSGVO). Die reinen Sterbefalldaten werden zur Beantwortung von eventuellen Auskunftersuchen dabei unbefristet gespeichert.
Erfordernis und Folgen der Nichtbereitstellung	Sie sind zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet. Diese Pflicht ergibt sich aus den o. g. Rechtsgrundlagen. Eine Verarbeitung Ihrer Daten zu oben genanntem Zweck ist nur möglich, falls Sie die erforderlichen Daten bereitstellen.
Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	Bei Zahlungsverkehr: Banken/ Kreditinstitute Bestattungsunternehmen Bevollmächtigte der Grabnutzungsberechtigten Erben Erbringer von Dienstleistungen auf dem Friedhofsgelände (bspw. Grabunterhalt) Friedhofsbehörden Gerichte Kirchengemeinschaften, Pfarreien, Geistliche bzw. freie Redner Sicherheitsbehörden Staatl. Gesundheitsamt Standesämter



Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	Wir beabsichtigen nicht, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder internationale Organisation zu übermitteln.
Recht auf Auskunft	Sie können Auskunft verlangen, ob und ggf. welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten und erhalten weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann.
Recht auf Berichtigung	Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
Recht auf Löschung	Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO). Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DSGVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 Buchst. b DSGVO).
Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen (Art. 17 und 18 DSGVO).
Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten durch uns zudem jederzeit widersprechen (Art. 21 DSGVO). Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verarbeiten wir in der Folge Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr.
Recht auf Datenübertragbarkeit	Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	Ihnen steht weiterhin ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu. Diesen können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen: Dr. Thomas Petri Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München Hausanschrift: Wagnmüllerstr. 18, 80538 München Telefon: +49 89 212672-0 Telefax: +49 89 212672-50 Kontaktformular: https://www.datenschutz-bayern.de/service/complaint.html